

Wechmar, Friedenserhaltende Maßnahmen — eine Herausforderung an die Bundesrepublik Deutschland, VN 1/1982 S.10f.

3 Siehe hierzu im einzelnen den Beitrag von Stefan Wild in dieser Ausgabe.

4 Generalmajor William Callaghan (Irland) übernahm im ersten Quartal 1981 das Kommando der UNIFIL von Generalmajor Emmanuel Alexander Erskine (Ghana), dem ersten Befehlshaber der Truppe. Kurzbiographien von Erskine und Callaghan in VN 1/1981 S.26.

5 Mit seiner Resolution 523; Text: S. 211f. dieser Ausgabe.

6 Der Sicherheitsrat hat am 30.4.1982 mit Resolution 504 (Text: VN 5/1982 S.179f.) vom Beschuß der OAU Kenntnis genommen, eine Friedenstruppe für den Tschad aufzustellen; der Unterstützung dieser Maßnahme sollte ein vom UN-Generalsekretär einzurichtender, aus freiwilligen Beiträgen zu speisender Fonds dienen. Der Einsatz der Truppe geriet allerdings zum Fehlschlag; der freiwillige UN-Fonds wurde zwar eingerichtet, hatte aber keine Einzahlungen zu verzeichnen (der Finanzbedarf der Truppe wurde für die ersten drei Monate auf 35249200 US-Dollar geschätzt).

Die Palästinenser im Libanon (1948-1982)

STEFAN WILD

Der Nahost-Konflikt hat eine historische Konstante: die Auseinandersetzung zwischen dem — gegen den Willen der Mehrheit der Bewohner auf dem Boden des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina errichteten — jüdischen Staat auf der einen Seite und den geflüchteten oder vertriebenen arabischen Einwohnern dieses Landes, den Palästinensern, auf der anderen. Der Konflikt ist weltpolitisch von größter Bedeutung; die Aussichten auf eine friedliche Lösung sind heute so düster wie eh und je. Dies, obwohl die Zahl der in dem Urkonflikt direkt Betroffenen sehr klein ist: Zählt man Israelis und Palästinenser zusammen, so beträgt die Zahl kaum mehr als zwei Drittel der Einwohnerschaft Groß-Kairos.

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern hat trotz der geringen Anzahl unmittelbar Betroffener immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt. Er führte zu Kriegen zwischen Israel und den arabischen Anrainerstaaten Syrien, Ägypten und Jordanien: 1948, 1956 (unter Beteiligung von England und Frankreich), 1967 und 1973. Die Entwicklung der Palästinenser von einer Flüchtlingspopulation zu einem Volk, das politisch und militärisch seine Forderung nach Selbstbestimmung durchzusetzen versuchte, war auslösender Faktor für zwei Bürgerkriege. In Jordanien kam es 1970 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der jordanischen Armee und palästinensischen bewaffneten Gruppen, die im sogenannten Schwarzen September gipfelten und mit dem Ende der bewaffneten Präsenz der Palästinenser in dem Königreich endeten. Und im Libanon, der lange Zeit eine idyllisch-friedliche Grenze mit Israel hatte, war der 1975 begonnene „libanesische Bürgerkrieg“ vornehmlich eine Auseinandersetzung zwischen palästinensischen bewaffneten Gruppen und ihren libanesischen Verbündeten auf der einen Seite und der libanesischen Armee und verschiedenen „christlichen“ Milizen auf der anderen. In diesem „Bürgerkrieg“ spielten von Anfang an auch außerlibanesische Kräfte mit — die Großmächte, andere arabische Staaten und Israel. Er schien 1977 seine blutigste Phase hinter sich zu haben; in Wirklichkeit brodelte er unterirdisch weiter. Syrien hatte 1976 interveniert, und ab 1978 griff auch die israelische Armee direkt ein, zuerst nur im Süden des Landes, dann durch Bombardierung Beiruts und anderer libanesischer Städte und schließlich in der militärischen Operation „Frieden für Galiläa“, die am 4. Juni 1982 begann und zur Besetzung des gesamten Südlibanon sowie zur Einnahme Beiruts durch die israelische Armee führte. Bereits vor der Einnahme (West-)Beiruts hatte die israelische Armee die Evakuierung von etwa 11 000 palästinensischen Kämpfern aus dem Libanon durchgesetzt.

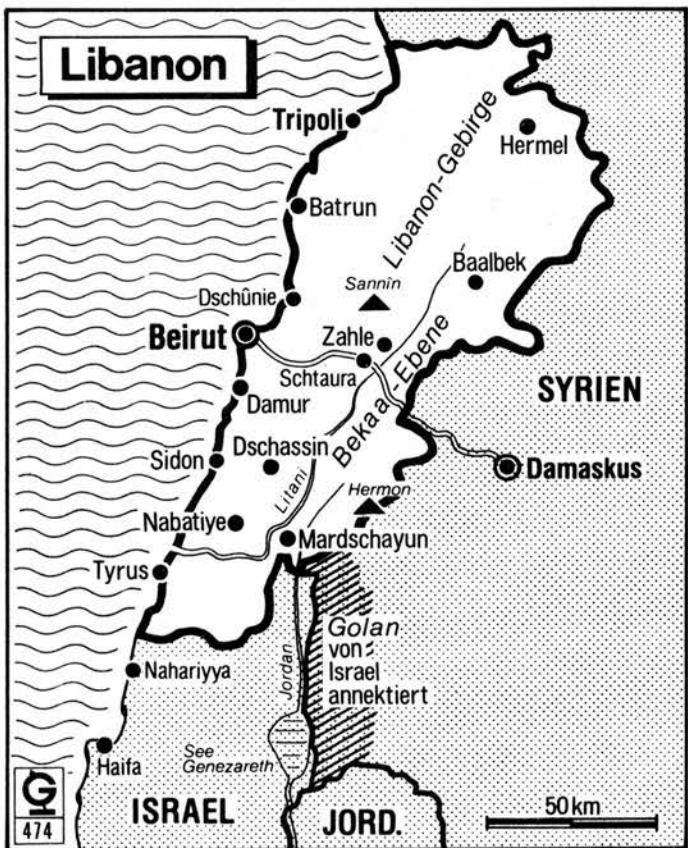
Der folgende Artikel zeichnet die Geschichte der Palästinenser im Libanon bis zum Vorabend der israelischen Invasion nach. Er versucht weniger eine Chronik der Ereignisse zu geben als die Strukturelemente des Kräftespiels zwischen Israelis, Palästinensern und Libanesen auf libanesischem Boden nachzuzeichnen.

1. Etappe: Flüchtlinge aus Palästina im Libanon

Nach der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 und dem darauffolgenden Einmarsch arabischer Armeen in den neugegründeten Staat flohen etwa 900 000 palästinensische Araber aus dem 1949 zum Staatsgebiet Israels erklärteten Territorium. Sie flo-

hen ins Westjordanland, in den Gaza-Streifen und in die Nachbarländer Transjordanien, Syrien, Libanon und Ägypten. Die Bewegung dieses Flüchtlingsstroms ging im allgemeinen auf die nächstgelegene Grenze zu. Die etwa 100 000 Flüchtlinge, die in den Libanon kamen, stammten hauptsächlich aus Galiläa. Sie glaubten überwiegend zunächst, daß sie in Bälde in ihre Heimatstädte und -dörfer würden zurückkehren können, wie es die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Ziffer 11 ihrer Resolution 194 (III) am 11. Dezember 1948 gefordert hatte und wie es ihnen die arabischen Staaten immer wieder in Aussicht stellten. War für die Flüchtlinge ihr Status zunächst nur provisorisch, so hatte der libanesische Staat erst recht kein Interesse an einer Integration der Flüchtlinge. Die in den Libanon geflohenen Palästinenser waren überwiegend muslimisch. Das politische System des Libanon beruhte auf einem Konfessionsproporz, in dem nach dem ungeschriebenen Vertrag des Nationalen Paktes von 1943 das politische Gewicht der verschiedenen religiösen Gruppen in Parlament, Militär und anderen Machtpositionen minutiös austariert war. Die libanesischen Christen, insbesondere die dominierenden Maroniten, hatten kein Interesse an einer Eingliederung der Palästinenser, die die ohnehin sich ständig zugunsten der Muslime verändernde demographische Struktur weiter zu Lasten der Christen verschoben hätte. Während es einer kleinen Anzahl von Palästinensern gelang, sich als Lehrer, Ärzte, Ingenieure oder Baufachleute einen Platz in der libanesischen Gesellschaft zu sichern, es einer noch kleineren Anzahl sogar glückte, die libanesischen Staatsangehörigkeit zu erwerben, lebte die überwiegende Mehrheit unter erbärmlichen Bedingungen in provisorischen Lagern. Das Land für die Lager war von der Beiruter Regierung widerstreitend zur Verfügung gestellt worden, das UN-Hilfswerk UNRWA stellte Zelte und Essensrationen. 1950 (in dem Jahr, für das die ersten einigermaßen gesicherten Statistiken zur Verfügung stehen) lebten im Libanon etwa 128 000 palästinensische Flüchtlinge. Sie verteilten sich hauptsächlich auf folgende Lager: Burj el-Shemali (Transitlager im Südlibanon), Rashidiye (bei Tyrus), el-Bass (bei Tyrus), Nabatiyeh, Ain el-Helweh und el-Miyyeh u-Miyyeh (beide bei Sidon), Wavel (bei Baalbek in der Bekaa-Hochebene), Mar Ilyas, Shatila, Sabra, Burj el-Barajneh, Tell el-Zaatar bzw. Dekwaneh, Dbayyeh, Jisr el-Basha (alle in oder um Beirut), und Baddawi und Nahr el-Barid im Nordlibanon. Schon bald stießen zu den palästinensischen Flüchtlingen Syrer, Kurden, Türken, arme Libanesen — Deklassierte, Randgruppen der unbändig wachsenden und prosperierenden Hauptstadt Beirut¹.

Die inneren Schwierigkeiten des Libanon und massive Einflussnahme Syriens und Ägyptens, die sich 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen hatten, führten im gleichen Jahr zum Bürgerkrieg, der durch die vom damaligen Staatspräsidenten Camille Chamoun ins Land gerufenen Interventionstruppen der USA beendet wurde. In diesem Bürgerkrieg, relativ kurz und relativ unblutig, spielten die Palästinenser keine nennenswerte Rolle. Freilich waren die Sympathien der Lagerinsassen deutlich auf Seiten des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel-Nasser und der libanesischen Nasseristen, von denen die meisten Muslime waren. Aber die palästinensischen Flüchtlinge traten nicht als selbständige Gruppe in Erscheinung.



Diese Tatsache ist insofern von Bedeutung, als sie beweist, daß der Libanon auch ohne die palästinensische Präsenz bürgerkriegsanfällig war. Der Konsens der libanesischen ›Konkordanzdemokratie‹ war prekär.

2. Etappe: Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung und ihre Konzentration im Libanon

Bereits Mitte der fünfziger Jahre war in Kuwait nach dem Vorbild der algerischen Nationalen Befreiungsfront (Front de Libération Nationale) eine ›Bewegung zur Befreiung Palästinas‹ entstanden. Erste unkoordinierte Sabotageakte gegen militärische und zivile Ziele in Israel riefen schnelle und harte Reaktionen der israelischen Armee hervor. Die Palästinenser waren inzwischen über die Anrainerstaaten an Israel hinaus in viele arabische Länder verstreut. Um die Bewegung unter Kontrolle zu bekommen, schufen sich die Staaten der Arabischen Liga mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization, PLO) 1964 ein Instrument der Domestizierung. Bis zum Junikrieg 1967 war die Linie der PLO ganz auf die Figur und Politik des ägyptischen Staatspräsidenten ausgerichtet gewesen. Eine starke Einheitsfront arabischer Staaten unter Nassers Führung würde den Staat Israel zerschlagen und den Palästinensern ihre Heimat zurückgeben können — so dachte man. Aber bereits zu dieser Zeit versuchten die arabischen Regierungen und ihre Geheimdienste die verschiedenen Gruppierungen der Palästinenser zu ihren eigenen Zwecken zu nutzen. Die Palästinenser in Jordanien dienten Nasser als Instrument zur Destabilisierung des dortigen Regimes, der syrische Geheimdienst benutzte die Präsenz der Palästinenser im Libanon, um Druck auf die Beiruter Regierung auszuüben. So gerieten die Palästinenser im Libanon und ihre Lager unter scharfe Beobachtung des libanesischen Geheimdienstes (Deuxième Bureau). Als 1964 von einem Lager bei Sidon aus eine militärische Aktion auf israelisches Gebiet unternommen werden sollte, wurde die Gruppe noch im Lager von libanesischen Sicherheitskräften abgefangen². Eine grundlegende Schwäche der palästinensischen Bewegung, die sich auch im Libanon auswirkte, war, daß sie

finanziell weitgehend von den arabischen Regierungen abhängig war und ihre Manövriertfähigkeit nur im ständigen Taktieren zwischen innerarabischen Interessengegensätzen erhalten konnte. Ein kompetenter Beobachter des arabisch-palästinensischen Verhältnisses charakterisierte das so:

»Ein langlebiger westlicher Mythos behauptet, daß die palästinensische Sache die arabischen Staaten eint, auch wenn sie über alles andere uneins sind. Es wäre genauer zu sagen: wenn die Araber zusammenarbeiten wollen, findet das meist seinen Ausdruck darin, daß man sich darauf einigt, Aktionen in bezug auf Palästina zu vermeiden. Wollen die Araber aber Streit, dann wird die Palästinapolitik gern ein Streitobjekt.«³

Als die Arabische Liga 1964 die PLO gründete, stimmte der Libanon diesem Plan unter der Bedingung zu, daß die PLO keine Militärbasen im Libanon errichten dürfe. Ahmad Shuqairi, der die PLO bis 1968 leitete und in einem libanesischen Gebirgsdorf wohnte, wo er gleichzeitig ein inoffizielles paramilitärisches Ausbildungslager unterhielt, verlangte aber genau das. Er und die Mehrheit der muslimischen Libanesen forderten, daß der Libanon sich in der Palästinafrage nicht von den anderen arabischen Staaten abkoppeln. Die Palästinenserfrage geriet damit bereits in die innenpolitische Auseinandersetzung im Libanon. Im Laufe der Zeit bildete sich innerhalb der Lager eine begrenzte militärische Präsenz der PLO; die libanesischen Behörden weigerten jedoch strikt die Genehmigung zu militärischen Aktionen von ihrem Territorium aus. 1965 gab es die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Gruppen und einer Außenstelle des libanesischen Geheimdienstes⁴.

Der Junikrieg 1967 veränderte das israelisch-arabische und das arabisch-palästinensische Verhältnis grundlegend. Nach diesem Krieg beherrschte Israel nicht nur den Sinai, Ost-Jerusalem und die Golanhöhen, sondern mit dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen auch das restliche Gebiet des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina. Alle arabischen Staaten, die gekämpft hatten, hatten territoriale Verluste erlitten, nur die libanesisch-israelische Grenze war ruhig geblieben. Der Nasserismus war in der arabischen Welt, insbesondere für die Palästinenser, eine erloschene Hoffnung. Nach der als schmählich empfundenen Niederlage der großen arabischen Armeen schien die kleine, sich als revolutionär verstehende Bewegung der Palästinenser die Hoffnung auf eine Wende zu verkörpern. Die Fedaijin (von arabisch ›fida'i‹: der, der sich aufopfert) und ihre Parolen (›Mein Gewehr ist mein Paß‹) wurden zum Symbol der Hoffnung auf eine arabische Revolution.

In dieser Zeit waren die Palästinenserlager im Libanon keine provisorischen Zeltlager mehr. An die Stelle der Zelte waren gemauerte Häuser getreten, klein, mit engen Gassen und einem einfachen Wasserleitungs- und Abwassersystem. Unter dem Druck der innenpolitischen Auseinandersetzungen im Libanon lockerte sich der Griff des libanesischen Geheimdienstes auf die Lager, die nun auch als Waffendepots dienten. Die PLO wurde vom syrischen Geheimdienst ermuntert, geheime Kommandobasen im Südlibanon zu errichten⁵; die Syrer gaben logistische Unterstützung. Während die Jugend in den Lagern immer mehr nach direkten Aktionen drängte, sahen die meisten libanesischen Christen und ein Teil des muslimischen Großbürgertums voller Unbehagen auf diese Entwicklung. Die Palästinenserfrage wurde immer mehr zur Kernfrage der libanesischen Innenpolitik. Die Frage, wie stark der Libanon die Sache der Palästinenser unterstützen müsse, um sich nicht von den anderen arabischen Staaten zu isolieren, spielte gerade bei libanesischen Präsidentschaftswahlen eine Rolle. So verlangte der Premierminister Abdallah Yafi — dem Nationalen Pakt gemäß ein sunnitischer Muslim — 1968, daß der Libanon die Sache der Palästinenser nicht nur voll unterstützen müsse, sondern auch die bewaffneten Aktionen der Fedaijin in keiner Weise behindern dürfe⁶. Sehr oft war hier mehr Rhetorik im Spiel als realistische Forderung. Aber auch der Druck sowohl von radikalen wie von gemäßigten arabischen Regimen auf die labile innenpolitische Szene des Libanon wurde immer stärker. Es kam zu Kämpfen zwischen der Armee und palästinensischen Gruppen. Nach einer Reihe von Regierungskrisen und schweren innenpolitischen

Auseinandersetzungen wurde eine Lösung im Abkommen von Kairo gefunden. Diese Vereinbarung wurde am 3. November 1969 zwischen einer libanesischen Delegation unter Leitung des Oberkommandierenden der libanesischen Armee, General Émile Boustany, und einer Delegation der PLO unter Leitung von Yasir Arafat unterzeichnet. Die Tatsache, daß dieses Abkommen in Ägypten und in Anwesenheit zweier ägyptischer Minister unterschrieben wurde, zeigt, wie sehr außerlibanesische Interessen berührt waren. Der Text des Abkommens wurde zuerst geheimgehalten, fand aber dann doch den Weg in die libanesische Presse. Die Präambel des Vertrages lautet:

»Angesichts ihrer brüderlichen Beziehungen und ihres gemeinsamen Schicksals können der Libanon und die palästinensische Revolution ihre Beziehungen nur in gegenseitigem Vertrauen, Offenheit und wechselseitiger und positiver Zusammenarbeit und im Hinblick auf das Gemeinwohl des Libanon und der palästinensischen Revolution sehen — all dies im Rahmen der Souveränität des Libanon und seiner Sicherheit.«⁷

Die wichtigsten Bestimmungen waren die libanesische Zustimmung zur bewaffneten militärischen Präsenz der Palästinenser innerhalb der Lager und die Zusammenarbeit der libanesischen Armee bei der Errichtung militärischer Basen im Südlibanon. Die Ausweitung der militärischen Präsenz der Palästinenser im Libanon unter gleichzeitiger Garantie der libanesischen Souveränität und Sicherheit (nämlich vor israelischen Vergeltungsschlägen), wie sie die Präambel verhieß, stellte sich als Quadratur des Zirkels heraus.

Hier begann die Zeitbombe zu ticken, die zum libanesischen Bürgerkrieg und zu den israelischen Invasionen des Libanon führen sollte. Die Führer der christlichen Gruppen, allen voran der 1970 gewählte Präsident Suleiman Franjeh, versuchten, die Tätigkeit der Fedaijin einzudämmen; die Leiter des muslimischen Establishments stellten sich zumindest verbal hinter die Freizügigkeit palästinensischer Kommandoorganisationen. 1969 verhaftete die libanische Armee palästinensische Bewaffnete, im Gegenzug wurden von der PLO libanische Soldaten als Geiseln genommen. Die verschiedenen christlichen Gruppen begannen sich zu bewaffnen und ihre eigenen Milizen zu bilden. Die wichtigste dieser Milizen war die der Kataib-Partei, einer 1936 gegründeten nationalistischen libanesischen Partei, die die christliche, nach Westen orientierte Eigenart des Libanon gegen panarabische oder großsyrische Bestrebungen verteidigen wollte und sich zunächst paramilitärisch organisierte. Gründer und Führer der Partei war Pierre Jumayyil. (Sein Sohn Beshir Jumayyil wurde am 23. August 1982 zum Präsidenten des Libanon gewählt, aber am 19. September, neun Tage vor dem vorgesehenen Amtsantritt, ermordet. Ein weiterer Sohn, Amin Jumayyil, wurde am 21. September zum Präsidenten des Libanon gewählt und sprach in dieser Eigenschaft im Oktober vor Generalversammlung und Sicherheitsrat der Vereinten Nationen⁸).

1969 zeichnete sich bereits eine strategische Interessengemeinschaft zwischen den Kataib und der israelischen Armee ab⁹: die Kontrolle militärischer Aktionen der Palästinenser im Libanon, die zur Kooperation libanesischer und israelischer Militärs führte. Ende März 1970 kam es dann zur ersten direkten Konfrontation zwischen palästinensischen Guerrillas und Einheiten der Kataib-Miliz bei Kahlaleh¹⁰.

Die ›palästinensische Revolution‹ war mittlerweile den konservativen arabischen Regimen suspekt geworden. König Hussein von Jordanien fühlte sich durch die palästinensische Aktivität als erster bedroht und schlug mit seiner beduinischen Armee im September 1970 die palästinensischen bewaffneten Gruppen rücksichtslos auseinander. Nach diesem ›Schwarzen September‹ wurde Beirut endgültig das Zentrum der palästinensischen Organisationen. In Syrien, Ägypten und Jordanien waren Tun und Lassen der Palästinenser schärfsten militärischen Kontrollmaßnahmen unterworfen — der Libanon mit einer vergleichsweise schwachen Armee war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Hier entstanden palästinensische Forschungs- und Dokumentationszentren, die wichtigsten Bücher, Zeitungen und Zeitschriften der Palästinenser erschienen in Beirut, und die Amerikanische Universität Beirut, eine der angesehensten Forschungs- und Bil-

dungsstätten der arabischen Welt, die schon lange ein Zentrum arabischen nationalistischen Denkens gewesen war, hatte über die Arabische Nationale Bewegung (Arabic National Movement) eine wichtige Rolle gerade für die Entwicklung radikaler Gruppen in der palästinensischen Bewegung gespielt¹¹. Die Palästinenser wurden zum Staat im Staate.

Nach dem Oktoberkrieg 1973 signalisierten viele arabische Staaten die Bereitschaft zu einer von den Vereinten Nationen garantierten Nahost-Lösung. Die Palästinenser sahen darin die Gefahr, daß ihr Anliegen, die Forderung auf nationale Selbstbestimmung, untergehen würde. Da der Libanon ihre letzte Bastion war, von der sie unabhängig oder relativ unabhängig agieren konnten, knüpften sie ihre Beziehungen mit denjenigen libanesischen Gruppen fester, die in einer revolutionären Umwandlung der libanesischen Gesellschaft ihr Ziel sahen: Gruppen der Sozialistischen Partei der Arabischen Wiedergeburt (Baath) syrischer und irakischer Ausprägung, Libanesische Kommunistische Partei, Syrische Sozialistische Nationalistische Partei, Naserristische Bewegungen, Progressive Sozialistische Partei des Drusenführers Kamal Jounblatt und andere. Auch diese Gruppen und Gruppierungen bewaffneten sich, und das Kairoer Abkommen wurde stillschweigend auch auf die Milizen dieser Gruppen ausgedehnt. Damit waren die palästinensische Frage und sozialreformerische und revolutionäre Tendenzen der libanesischen Innenpolitik unentwirrbar geworden.

Der Knoten war geschürzt, und die Kontrahenten des bevorstehenden Bürgerkrieges standen fest. Berichterstatter und Beobachter mühten sich, die zwei Parteien kurz und griffig zu bezeichnen¹². Stand hier arm gegen reich, Muslim gegen Christ, links gegen rechts, Palästinenser gegen Libanese? Bahnte sich hier eine Klassenauseinandersetzung an, eine Revolution oder ein Religionskrieg? Oder war es am Ende nur ein immer tiefer in den Strudel des Chaos absinkender Kampf schwerbewaffneter Milizen, die außerhalb jeder ideologischer Rechtfertigung Loyalität und Kampfkraft nur einem Clanführer schuldeten? Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Bürgerkrieg auf vielen verschiedenen Ebenen geführt wurde und Elemente aller genannten Auseinandersetzungen in sich trug. Eine umfassende Darstellung des Bürgerkrieges, die unter Heranziehung aller Quellen die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung in ihrer Dialektik untersuchte, steht noch aus.

3. Etappe: Der libanesische Bürgerkrieg und die israelischen Invasionen des Libanon

Als Beginn des Bürgerkrieges, der sich schon lange angekündigt hatte, wird meist der 13. April 1975 angesetzt. In einer Atmosphäre ständig wachsender Spannung zwischen libanesischer Armee und palästinensischen Freischärtern wurden in dem von Christen bewohnten Beiruter Vorort Ain el-Rummaneh aus einem nicht identifizierten Auto heraus Schüsse auf eine Kirche abgefeuert, in der sich der Gründer der Kataib-Partei, Pierre Jumayyil, aufhielt. Zwei Mitglieder der Kataib-Miliz, ein Leibwächter Jumayyils und ein weiterer Mann fanden den Tod. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde ein Bus mit Palästinensern von christlichen Milizsoldaten, die den Kataib zumindest nahestanden, aufgehalten und 27 von ihnen erschossen, 23 weitere verletzt¹³. Dieser schwere Zwischenfall, auslösendes Moment des Bürgerkrieges, zeigt nicht nur die Frontstellung maronitischer Milizen gegen Palästinenser, sondern auch das Grundmuster unterschiedlicher Gewaltsamkeit, das den Konflikt bis zum Schluß mitprägte: Die Schläge bzw. Gegenschläge der christlichen Milizen waren regelmäßig unverhältnismäßig viel grausamer und blutiger als die Schläge der Allianz aus ›linken‹ libanesischen Gruppen und Palästinensern¹⁴. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß palästinensische Kämpfer oft zur Verteidigung ihrer Lager und von den Lagern aus kämpfen mußten, diese Lager meist an Slum-Gebiete angrenzten oder mit ihnen identisch waren und Artilleriebeschuß von Lagern und Slums unverhältnismäßig mehr Opfer fordert als der Beschuß von

Wohnhäusern. Ein weiterer Grund war aber, daß die palästinensischen Gruppen die Auseinandersetzung mit den libanesischen Milizen nicht suchten, sondern oft lange mieden, um einen neuen ›Schwarzen September‹ zu verhindern. Schon damals gab es von beiden Seiten Geiselnahmen, Entführungen, Blutrache-Aktionen, Hinrichtungen und Bombenattentate, wobei niemand wußte, wieweit Disziplinargewalt und Kontrolle der Milizkommandeure reichten. Aber zum Genozid aufrufende Parolen, die Volksgruppen als solche vernichten wollten, gab es, soweit bekannt, nur bei den ›christlichen‹ Milizen (und zwar gegen die Palästinenser)¹⁵.

Die Geschichte der immer wieder gebrochenen Waffenstillstände und immer neuen Runden des Bürgerkrieges kann hier nicht gegeben werden. Ein vorläufiges Ende schien damit gefunden, daß Syrien im Libanon militärisch intervenierte. Die Rolle Syriens im Libanon war schillernd¹⁶. Syrien hatte die staatliche Eigenständigkeit des Libanon nie vollkommen akzeptiert, eine Tatsache, die ihren Niederschlag darin fand, daß es im Libanon keine syrische diplomatische Vertretung, in Damaskus keine libanesische Botschaft gab. Durch Schließungen der syrisch-libanesischen Grenze für den Transithandel hatte es Syrien darüber hinaus oft verstanden, den Libanon unter starken politischen Druck zu setzen, und am Bürgerkrieg von 1958 war Syrien beteiligt gewesen. Durch palästinensische Gruppen syrischer Observanz wie die Saiqa hatte Syrien jederzeit die Möglichkeit, auf die innerlibanesische Politik und die Politik der Exilpalästinenser im Libanon einzuwirken. So griffen nominell unter PLO-Kontrolle, faktisch unter syrischem Befehl stehende Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee bereits 1975 in Kämpfe zwischen schiitischen Gruppen und christlichen Milizen in der Bekaa-Ebene ein. Die syrische Regierung setzte einen neuen innerlibanesischen Nationalen Pakt durch¹⁷, der die Konfessionsrollen neu verteilen wollte, und schrieb die Rolle Syriens als Garantie-macht für die innere Stabilität des Libanon fest. Die Syrer schlugen sich im libanesischen Bürgerkrieg zunächst auf die Seite der christlichen Milizen und verhinderten deren militärischen Zusammenbruch, kämpften aber später auf der Seite der palästinensisch-muslimischen Allianz — anscheinend beide Male mit dem Ziel, einen entscheidenden Sieg einer Seite um jeden Preis zu vermeiden.

Die syrische Intervention war von der Gipfelkonferenz in Riyadh im Oktober 1976 sanktioniert worden. Eine ›panarabische Friedenstruppe‹, in Wirklichkeit syrische Einheiten mit symbolischen Truppenteilen weniger anderer arabischer Staaten, besetzte als ›Abschreckungstruppe‹ Beirut, Sidon und Tripolis sowie wichtige strategische Punkte des Landes. Zeitweise ergab sich dabei eine inoffizielle Allianz zwischen Israel und Syrien, die durch die Vereinigten Staaten vermittelt schien. Solange die Syrer die Palästinenser und ihre Bundesgenossen bekämpften, waren die Israelis bereit, syrische Truppen nördlich des Litani-Flusses und in gewisser Massierung zu tolerieren (›Rote Linie‹). Die innerpalästinensische Auseinandersetzung darüber führte zwischen pro- und antisyrischen Gruppen innerhalb der PLO zu massiven Zwischenfällen¹⁸. Die faktische Besetzung großer Teile des Libanon durch Syrien verbitterte die christlichen Gruppen, insbesondere die Kataib. Der libanesische Präsident Elias Sarkis, der im Oktober 1976 mit syrischer Unterstützung gewählt worden war, war nominell der Chef der Abschreckungstruppe. In Wahrheit hatte er kaum Macht und konnte nicht einmal die schweren und blinden Beschließungen von christlichen Beiruter Stadtvierteln wie Ashrafieh (1978) verhindern. Die zeitweilige Allianz zwischen Syrien, christlichen Milizen und Israel war zu dieser Zeit schon wieder zusammengebrochen. Während die israelische Regierung bekanntgab, sie werde ein ›Massaker unter den Christen‹ nicht dulden, stellte sich Syrien auf den Standpunkt, daß seine Truppen sich auf ein Mandat der Arabischen Liga und die Zustimmung der libanesischen Regierung stützten und die Autorität der libanesischen Staatsmacht verkörperten. Der syrische Innenminister nannte die Ereignisse im Libanon sogar ›eine innere Angelegenheit

Syriens‹¹⁹ und nährte damit alte Befürchtungen der Maroniten und anderer libanesischer Gruppen, Syrien wolle die Souveränität des Libanon untergraben. Aus den Syrern wurde eine Besatzungsmacht, die Beseitigung ihrer Anwesenheit im Libanon ein Kriegsziel für Israel bei der Invasion 1982.

Das gemeinsame strategische Interesse der Kataib und der Regierung Israels hatte sich bereits Ende der sechziger Jahre abgezeichnet und wurde nun ganz deutlich: die Palästinenser mußten den Libanon verlassen, um jeden Preis. Waren israelische Stellen zunächst nur als Waffenlieferanten aufgetreten, so waren Operationen israelischer Eliteeinheiten auf libanesischem Territorium (wie die Erschießung dreier PLO-Führer im April 1973 mitten in Beirut) nur mit Hilfe des libanesischen Geheimdienstes oder/und der entsprechenden Organisation der Kataib möglich. Bei der Schlacht um Tell el-Zaatar, in der Kataib-Truppen ein Palästinenserlager vernichteten, waren anscheinend israelische Offiziere beteiligt²⁰.

Die PLO hatte inzwischen in den Palästinenserlagern eine funktionierende und alle Lebensbereiche umgreifende Verwaltung eingerichtet. In den Lagern sorgten Komitees für die Schlichtung von Streitigkeiten. Genossenschaftlich organisierte Handwerksbetriebe wurden ins Leben gerufen. Die Vereinigung von Produktionsgenossenschaften ›Samed‹ besaß sogar landwirtschaftliche Versuchsgelände in einigen afrikanischen Staaten. Daneben gab es palästinensische Frauenvereine, Künstlergruppen und Kulturclubs — alle unter dem Schirm der PLO. Die Lager waren nicht nur Festungen mit Bunkern und militärischen Anlagen, sondern auch der natürliche Lebensrückhalt für Tausende von Palästinensern; die palästinensischen Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser des Palästinensischen Roten Halbmondes hatten sich zu einer vollständigen zivilen Infrastruktur entwickelt. Zwei Entwicklungen sollten nach dem scheinbaren Ende des libanesischen Bürgerkrieges 1977 das Verhältnis von Palästinensern und Libanesen beeinflussen: das Problem des Südlibanon und das Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel.

Der Südlibanon war — ähnlich wie das nordlibanesische Gebiet des Hermel-Gebirges — eine von jeher von der libanesischen Zentralregierung vernachlässigte Region mit deutlichen Anzeichen der Unterentwicklung. Bereits 1967 gab es die ersten Landkonfiskationen durch Israel aus Sicherheitsgründen und die Anlage von israelischen Artilleriestellungen auf libanesischem Territorium²¹. Im Sommer 1976 begannen israelische Militärs mit der Ausrüstung einer südlibanesischen christlichen Miliz. Im Sommer 1977 erhielt der desertierte libanesische Major Saad Haddad das Kommando über diese Einheiten, die von Israel finanziert, ausgebildet und bewaffnet wurden. Ihre Funktion war es, einen Sicherheitsgürtel zu bilden, der die Aktivität der palästinensischen Guerilla einschränken oder verhindern sollte, ohne daß israelische Truppen direkt einzugreifen brauchten. Der Ausdruck ›christliche Miliz‹ ist insofern irreführend, als nur das Offizierskorps christlich war; in den unteren Rängen befanden sich auch zahlreiche Schiiten.

Militärisch sinnlose Terror- und Geiselnahmeaktionen palästinensischer Gruppen vom Südlibanon aus lösten im März 1978 die erste israelische Invasion des Libanon aus, die die Truppen Israels bis zum Litani führte. Den Israelis gelang dabei der entscheidende militärische Schlag gegen die PLO nicht. Im April 1979 erklärte Saad Haddad im Auftrag der Israelis die Grenzzone zum ›Freien Libanon‹. Schon im März 1978 hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Interimstruppe für den Südlibanon (UNIFIL) aufgestellt mit dem Ziel, ›den Abzug der israelischen Streitkräfte zu bestätigen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und der Regierung des Libanon zu helfen, die Wiedereinsetzung ihrer tatsächlichen Autorität in diesem Gebiet zu gewährleisten‹²². Die UNIFIL-Einheiten besaßen nicht die Mittel, dieser Aufgabe wirklich gerecht zu werden. Sie konnten letztlich weder alle Aktionen der Palästinenser, noch Aktionen der in den Berichten der Vereinten Nationen ›De-facto-Streitkräfte‹ genannten Miliz Saad Haddads,

noch Operationen der Israelis verhindern. Der Libanon wurde zu einem unübersichtlich, aber wirksam geteilten Land. Die alte Provinz Mont Liban, Ost-Beirut und das daran nach Norden angrenzende Gebirge wurde von der Miliz der Kataib kontrolliert. Hier etablierte sich eine eigene Stabilität. West-Beirut und der Süden des Landes zerfielen in ein Mosaik von Einflußzonen: israelische Truppen im äußersten Süden, die unter israelischem Oberkommando stehenden Einheiten des Major Saad Haddad, Gebiete, die von Palästinensern oder ihren libanesischen Verbündeten kontrolliert wurden — und dazwischen Reste der libanesischen Armee.

Der zweite Hauptfaktor, der das Verhältnis zwischen Libanesen und Palästinensern in dieser Zeit bestimmte, war das Camp-David-Abkommen. Die im September 1978 unter amerikanischer Ägide getroffene Rahmenvereinbarung und der in ihrer Folge im März 1979 geschlossene Separatfrieden zwischen Ägypten und Israel spaltete die arabische Welt und stellte eine besondere Bedrohung für die Palästinenser dar. Zum ersten Mal hatte ein arabisches Land, noch dazu ein Anrainerstaat Israels, sein eigenes Nationalinteresse nicht nur faktisch, sondern öffentlich sichtbar und zugegebenermaßen über die Sache der Palästinenser gestellt. Mit der im Separatfrieden vereinbarten Entmilitarisierung des Sinai wurde die Südwestflanke Israels strategisch sicher. Die Überlegenheit der israelischen Armee an der Ost- und Nordgrenze Israels wuchs ins Ungemessene. Weder die syrische oder die jordanische Armee, noch die palästinensischen Einheiten, noch auch alle zusammengenommen stellten eine ernsthafte Bedrohung der militärischen Sicherheit Israels dar. Ende der siebziger Jahre wuchs die israelische Armee zur viertstärksten Militärmacht der Welt²³ und zur weit und breit mächtigsten Kraft im Vorderen Orient.

Die palästinensischen Nadelstiche gegen Nordisrael gehen weiter. Am 18.Januar 1979 beginnt wiederum ein großangelegter militärischer Einfall Israels in den Süddibanon. Am 19.Okttober 1980 erklärt der israelische Premierminister Menachem Begin, daß Jerusalem jederzeit (und nicht nur als Repressalie) das Recht habe, im Süddibanon zu intervenieren²⁴. Immer häufiger bombardieren israelische Bomber palästinensische Stellungen bis nach Beirut hinein. Am 24.Juli 1981 wird über den amerikanischen Sonderbeauftragten Philip Habib ein Waffenstillstand zwischen der PLO und der israelischen Regierung ausgehandelt. Dieser Waffenstillstand wird von palästinensischer Seite strikt eingehalten. Nur zweimal fallen noch palästinensische Granaten auf israelisches Gebiet, beidemal nach mörderischen Bombardements militärischer und ziviler Ziele der PLO in Beirut durch die israelische Luftwaffe. Am 3.Juni 1982 verübt eine (die Anweisungen Abu Nidals befolgende) Splittergruppe von Palästinensern ein Attentat auf den israelischen Botschafter in London; ein weiteres Opfer auf ihrer Mord-Liste ist der PLO-Vertreter in der britischen Hauptstadt. Am 4.Juni schlägt die israelische Luftwaffe auf das Fakhani-Viertel in Beirut los (200 Tote) und am nächsten Tag beginnt mit Bombardements von süddibanesischen Städten der fünfte Nahostkrieg, der die Sicherung des »Friedens für Galiläa« zum Vorwand nimmt. Er stellt in Wahrheit den Versuch Israels dar, das Palästinenserproblem ein für alle Mal militärisch zu lösen.

Rückblickend läßt sich feststellen, daß es der palästinensischen Führung im Libanon nicht gelang, die ihr diktierte Beschränkung auf libanesisches Territorium in eine Strategie umzuwandeln, die genügend breite Teile der libanesischen Bevölkerung auf ihre Seite gebracht hätte. Volkskriegs-Rhetorik, die Berufung auf das Beispiel Algeriens und die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verhältnisse im Libanon unvergleichbar waren. Wie bereits 1970 in Jordanien gelang es auch im Libanon der PLO und den durch sie vertretenen Palästinensern nicht, die Auseinandersetzung mit einheimischen arabischen Armeen zu vermeiden. Zwar war es der PLO im Libanon geglückt, die Mehrzahl der Palästinenser innerhalb und außerhalb dieses Landes zu mobilisieren und ihrer Zersplitterung vorzubeugen. Über das besetzte

Die Drohung wirkt

Der Vorwurf, die Vereinten Nationen erlebten einen Niedergang in einen Zustand der Verantwortungslosigkeit und »ratifizierten Nutzlosigkeit« ist nicht neu. Er wurde — und dies ist nur ein Beispiel — auch schon 1974 erhoben, von William F. Buckley in der amerikanischen Zeitschrift »National Review«, nachdem der PLO-Führer Arafat zu seinem spektakulären Auftritt in der Generalversammlung eingeladen und die Republik Südafrika mit 91 gegen 22 Stimmen bei 19 Enthaltungen von der Teilnahme an ihren Debatten ausgeschlossen worden war. Der amerikanische UN-Botschafter John A. Scali sprach damals von einer »Diktatur der Mehrheit« aus Entwicklungsländern mit Unterstützung kommunistischer Mächte, wobei diese Mehrheit nur einen Bruchteil der Weltbevölkerung repräsentiere.

Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten außerstande ist, die Bewegung der Blockfreien aktiv ins eigene politische Kalkül einzubeziehen, betrachtet sie doch deren mehrheitliche Voten bei Afghanistan- und Kamputschia-Abstimmungen als ant sowjetischen Erfolg und scheut in solchen Fällen auch nicht das Zusammenspiel mit den chinesischen Kommunisten.

Zu den Lernerfolgen der gegenwärtigen amerikanischen UN-Botschafterin Jeane J. Kirkpatrick nach 18 Monaten Amtszeit gehört es, daß sie die britische Diplomatie während der Falkland-(Malvinen-)Krise als »enorm geschickt, ungeheuer eindrucksvoll« erlebte. »Sie war fast traumatisch, weil ich im Verhalten des britischen Ständigen Vertreters gesehen habe, was eine westliche demokratische Nation innerhalb der Vereinten Nationen tun konnte.« Die Amerikaner dagegen leiden nach Frau Kirkpatricks Meinung unter einem Mangel an Geschicklichkeit beim Vollzug internationaler Politik in multilateralen Arenen. Diese Unfähigkeit sei unabhängig von Parteien und jeweiligen Präsidenten jahrhundertelang zu beobachten. Die USA hätten die Vereinten Nationen nie angemessen als politischen Kampf- und Schauspielplatz verstanden, in dem man sich wie in kommunaler oder nationaler Politik zu verhalten habe — im Werben um Bundesgenossen mit Lohn für Zusammenarbeit und Strafe für Opposition. Durch häufiges Wechseln des (nicht-professionellen) Chefdelegierten hätten sich die Amerikaner in den Vereinten Nationen oft wie ein Haufen von Amateuren gezeigt, während beispielsweise die Briten sorgsam ihre Commonwealth-Beziehungen pflegten.

Nicht wenige Kenner der amerikanischen Innenpolitik haben die Drohung aus Washington mit Auszug aus der Generalversammlung und Einstellung der Zahlung des US-Beitrags zum UNO-Haushalt — ein Viertel des Gesamtaufkommens — für den Fall, daß Israel aus der UNO oder einer der Sonderorganisationen ausgeschlossen würde, für wahlkampfbedingt im Blick auf den Urnengang vom 2. November gehalten. Immerhin konnte sich die Regierung Reagan dabei auf einen älteren, nahezu einstimmigen entsprechenden Beschuß des amerikanischen Senats berufen. Der Soforteinsatz des stärksten Druckmittels durch die Vereinten Staaten hat jedenfalls den Erfolg gehabt, daß der Iran, Libyen, Kuba, Nicaragua und nur fünf weitere Regierungen bei Enthaltung des gesamten Sowjetblocks schließlich allein standen und deren Ausschlußantrag gegen Israel geschäftsordnungsmäßig abgeschlagen wurde.

Südafrika war den Vereinigten Staaten seinerzeit offenbar nicht so viel wert wie heute Israel, obwohl ihre eigene Glaubwürdigkeit — und die der Vereinten Nationen insgesamt — auch darunter leidet, daß die USA im Sicherheitsrat gelegentlich israelische Aktionen verurteilen oder als rechtlich »null und nichtig« (Golan höhen) bezeichnen, Konsequenzen dann aber durch ihr Veto verhindern — das ist Machtpolitik.

Dennoch steht und fällt die Organisation der Regierungen, genannt Vereinte Nationen, mit dem Grundsatz der Universalität. Nur wenn alle Mitglied sind, kann man einzelne wenigstens moralisch zur Verantwortung ziehen, solange es keine Weltregierung und keine Weltpolizisten gibt.

Ansgar Skriver □



Ungewiß ist auch nach der jüngsten Tagung des Ad-hoc-Ausschusses der Generalversammlung für den Indischen Ozean (vgl. S. 204f. dieser Ausgabe) das Zustandekommen einer Staatenkonferenz zur Verwirklichung der 1971 verabschiedeten Erklärung des Indik zur Friedenszone. Der Fall der inmitten der Region gelegenen Tschagosinseln könnte übrigens bald den Internationalen Gerichtshof beschäftigen: Mauritius erhebt Anspruch auf die Inseln, die drei Jahre vor Erlangung seiner Unabhängigkeit durch die damalige Kolonialmacht wiederrechtlich abgetrennt worden seien. Dort wurde damals der US-Stützpunkt Diego Garcia errichtet; die Inselbewohner wurden vertrieben. Die Rechte der (farbigen) Einwohner fanden somit seinerzeit eine ganz andere Behandlung durch London als 1982 die der (weißen) Falklandbevölkerung.

Westjordanland wirkten Gedanken und Parolen der PLO sogar bis zu den Arabern des Israel in den Grenzen vor 1967. Die PLO hatte darüber hinaus ein soziales Netz geschaffen, das den Möglichkeiten, die den ärmsten Schichten des Libanon offenstanden, weit überlegen war. Hier gelang es den Palästinensern zumindest teilweise, sozialrevolutionäre Vorstellungen zu realisieren, die einen Zusammenschluß von Palästinensern und Libanesen auf sozialer Grundlage ermöglichten. Derartige Ansätze wurden aber immer wieder durch die rein palästinensisch-nationalistisch operierende Führung der PLO durchkreuzt²⁵. Zu einer dauerhaften Bundesgenossenschaft zwischen schiitischen oder christlichen Dörfern im Südlibanon und Palästinensern ist es nie gekommen. Die Palästinenser konnten sich dort nie »wie der Fisch im Wasser« bewegen.

Ein Beispiel für den Niedergang ursprünglich guter Beziehungen zwischen Palästinensern und Libanesen im Südlibanon ist die Stadt Saida. Mehrheitlich sunnitisch, war sie lange Zeit eine Bastion der Zusammenarbeit mit der PLO und anderen palästinensischen Gruppen. In der Vorphase des Bürgerkrieges, am 26. Februar 1975, wurde ein angesehener Notabler und Abgeordneter Saidas, Maurof Saad, an der Spitze einer Demonstration erschossen. Als er unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt wurde, bedeckte den Sarg nicht die libanesische, sondern die palästinensische Fahne. Die palästinensischen Gruppen verloren aber durch ihr rücksichtsloses Auftreten und eine lange Reihe von Übergriffen stetig an Unterstützung. Im Mai 1982 ermordeten palästinensische Kommandos Bashshasha, den Führer der nasseristischen Miliz, die Mustafa Saad, Sohn des erwähnten Maurof Saad, unterstand. Eine Reihe von einflußreichen

Personlichkeiten wandte sich daraufhin von der PLO ab und knüpfte Verbindungen mit den Kataib.

Die Haltung der christlichen Milizen gegenüber den Palästinensern war aber auch an der Weigerung Israels orientiert, die PLO, durch die die meisten Palästinenser sich vertreten fühlen, als etwas anderes zu betrachten als eine Bande terroristischer Verbrecher. Während die PLO mit den meisten Staaten der Welt direkte Kontakte knüpfte und ihr von der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Beobachterstatus gewährt wurde²⁶, während Nahum Goldmann mit Vertretern der PLO sprach, beharrte die israelische Regierungsspitze weiter darauf, die PLO-Mitglieder als »zweibeinige Tiere« zu bezeichnen²⁷. Der »libanesischen Bürgerkrieg« aber wurde durch die israelische Operation »Frieden für Galiläa« das ganz, was er vorher nur zum Teil gewesen war: ein Stadium der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern, eine Facette des israelisch-palästinensischen Krieges.

Bibliographischer Hinweis

Die Geschichte des Libanon behandelt ausführlich einer der bekanntesten libanesischen Historiker, Kamal S. Salibi, *The Modern History of Lebanon*, London 1965; vom gleichen Verfasser stammt *Crossroads to Civil War, Lebanon 1958-1976*, New York 1976, das die Geschichte des libanesischen Bürgerkrieges bis Ende 1975 schildert. Eine vortreffliche Zusammenfassung unter Heranziehung aller wichtigen Quellen in europäischen Sprachen liefert Wolfgang Köhler, *Die Vorgeschichte des Krieges im Libanon*, Wiesbaden (Frankfurter Historische Vorträge, Heft 7) 1980. Als besonders gründlicher Kenner der Kataib erweist sich Theodor Hanf, *Die Drei Gesichter des Libanonkrieges*, in: *Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 8* (Vierteljahreszeitschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft), Frankfurt 1978. Hauptsächlich militär-technisch orientiert ist D. Th. Schiller, *Der Bürgerkrieg im Libanon. Entstehung, Verlauf, Hintergründe*, Mayen (Reihe Bernhard und Graefe aktuell, hrsg. v. Kreis f. Wehrforschung) 1979. Vgl. ferner Alexander Schöchl, *Der libanesische Bürgerkrieg*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament*, 7.April 1977, S.3-21, und René Chamussy, *Chronique d'une guerre. Le Liban 1975-1977*, Paris 1978. Außer Salibi, Crossroads, benutzt keine der genannten Arbeiten arabische Quellen. Eine der wichtigsten ist die vom Forschungsinstitut der PLO herausgegebene zweibändige Darstellung: *Tagebuch des libanesischen Krieges* (arab.), Beirut 1977, die bis zum Juli 1976 reicht. Eine reiche Quelle für die Entwicklung des politischen Denkmens der Kataib und der ihr nahestehenden Resistance Libanaise bietet Libanius, *Les guerres du Liban au fil des jours*, 2 Bde., o.O. (Beirut) 1981. Das Werk enthält Leitartikel aus der Feder Nagib Dahdahs, eines hohen libanesischen Diplomaten, die in der Tageszeitung *Le Reveil* zwischen 1977 und 1980 erschienen sind. Zu nennen sind noch zur Geschichte der Kataib: John P. Entelis, *Pluralism and Party transformation in Lebanon. Al-Kataib 1936-1970*, Leiden 1974, und zur Geschichte des Libanon aus der Sicht des Politikwissenschaftlers: Michael C. Hudson, *The Precarious Republic. Political Modernization in Lebanon*, New York 1968, und ders., *The Precarious Republic Revisited: Reflections on the Collapse of Pluralist Politics in Lebanon*, Washington D. C. (Contemporary Arab Studies, Seminar Paper No.2, Georgetown University) 1977.

Für die palästinensische Problematik ist in unserem Zusammenhang besonders wichtig: Ibrahim Abu-Lughod, *The Transformation of Palestine. Essays on the Origin and Development of the Arab-Israeli Conflict*. With a foreword by Arnold J. Toynbee, Evanston 1971; Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästinakonflikts*, Bonn 1977; Rainer Büren, *Ein palästinensischer Teilstaat? Zur internen, regionalen und internationalen Dimension der Palästinafrage*, Baden-Baden 1982; Rosemary Sayigh, *Palestinians: From Peasants to Revolutionaries. A people's history recorded by Rosemary Sayigh from interviews with camp Palestinians in Lebanon. With a foreword by Noam Chomsky*, London 1979; Michael Lüders, PLO, *Geschichte, Strategie, Aktuelle Interviews*, Hannover 1982; D. Th. Schiller, *Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie. Die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918 bis 1981*, München 1982.

Aus PLO-Sicht befaßt sich je ein Kapitel des Buches von Abdallah Frangi, *PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart*, Frankfurt 1982, mit der »Reorganisation des palästinensischen Widerstandes in den Bergen des Libanon« und »Israels Invasion in den Libanon« vom Juni 1982. Die Bestimmungsgründe letzterer werden analysiert von Michael Jansen, *The Battle of Beirut. Why Israel invaded Lebanon*, London 1982.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu die Interviews bei Sayigh, *Palestinians*, und die Autobiographie von Fawaz Turki, *The Disinherited. Journal of a Palestinian in Exile. With an Epilogue 1974*, New York 1974.
- 2 Schiller, *Bürgerkrieg*, S.101.
- 3 Malcolm Kerr, *The Arab Cold War 1958-1967. A Study of Ideology in Politics*, London 1967, S.151f.
- 4 Salibi, *Crossroads*, S.28.
- 5 Salibi, *Crossroads*, S.34.
- 6 Salibi, *Crossroads*, S.35.
- 7 Es wurde zuerst in der Beirut Tageszeitung *El-Nahar* v.20.4.1970 veröffentlicht. Eine französische Übersetzung findet sich bei Camille Chamoun, *Crise au Liban*, Beirut 1977, S.171-174. Der genaue Wortlaut des Textes blieb aber umstritten, vgl. *Journal of Palestine Studies* 22 (Winter 1977), S.181f. Das Kairoer Abkommen wurde später durch das Melkart-Abkommen (so genannt nach einem Beirut Hotel) vom Mai 1973 begrenzt. Laut Absatz 4 in Paragraph 1 des Melkart-Abkommens waren alle palästinensischen Operationen von libanesischem Gebiet aus »gestoppt« (Text in französischer Übersetzung bei Chamoun, S.175-184). Darüber hinaus wurde noch das Chtaura-Abkommen vom Juli 1977, bei dem auch die syrische Armee beteiligt war, geschlossen.
- 8 UN-Docs.A/37/PV.35 v.18.10.1982 und S/PV.2400 v.18.10.1982. – In der deutschen Berichterstattung findet sich der Name Jumayyil meist in der Schreibweise Gemayel (gelegentlich auch Dschemejil).
- 9 Schiller, *Bürgerkrieg*, S.210.

- 10 Salibi, Crossroads, S.45; Entelis, Pluralism, S.209.
- 11 Walid Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World. Habash and his Comrades from Nationalism to Marxism, London 1975, passim.
- 12 Eine temperamentvolle Attacke auf die simplistische Reduzierung des Konflikts findet sich bei Kamal S. Salibi, »Right and Left in Lebanon, in: G. Stein/U. Steinhach (eds.), The Contemporary Middle Eastern Scene. Basic Issues and Major Trends, Opladen 1970, S.97-103. Dazu konträr die Analyse Werner Schmuckers, Die Krise im Libanon: ein konfessioneller oder sozialer Konflikt?, in: Die Welt des Islams (N.S.) 17 (1976/77), S.104-126.
- 13 Salibi, Crossroads, S.97ff.
- 14 Schiller, Bürgerkrieg, S.198, sagt zwar: »An Grausamkeiten, Entführungen und Morden hatten die Gruppen der PLO den christlichen Milizen in nichts nachgestanden.« Das paßt aber nicht zu den Beobachtungen Salibis, Crossroads, S.116, oder zu den von Schiller, S.180, selbst zitierten Ziffern.
- 15 An Häuserwänden Ost-Beiruts konnte man während des Bürgerkrieges lesen: »Jeder Libanese muß einen Palästinenser töten«, abgebildet bei Maria Chakhtoura, Liban 1975-1978. La guerre des graffiti, Beirut 1978, Nr.229. Vgl. auch Abu Ijad, Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf 1979, S.242.
- 16 Wolfgang Köhler, Die Stellung Syriens im Libanon, in: Europa-Archiv 34 (1979) S.299-310.
- 17 Englische Übersetzung bei Salibi, Crossroads, S.163. Die Neufassung ist aber Papier geblieben.
- 18 Lüders, PLO, S.112, 129f.
- 19 Köhler (Anm.16), S.308.
- 20 Le Monde v.24.9.1982, S.3.
- 21 Siehe die libanesische regierungsmäßige Dokumentation: The Ordeal of South Lebanon. A Documented Study, Beirut 1980, S.35f.
- 22 Mit seinen Resolutionen 425 und 426 v.19.3.1978 (Text: VN 2/1978 S.89).
- 23 Wie die Jerusalem Post (Int.Ed., 8-14.8.1982) berichtet, ist nach einer Analyse des Londoner Instituts für Strategische Studien Israel die vierte Militärmacht der Welt nach den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und China.
- 24 Le Monde v. 8.6.1982, S.9.
- 25 Helga Baumgarten, Die palästinensische Nationalbewegung in der arabischen Welt. Das Beispiel Jordaniens und des Libanons, in: Orient (Opladen) 21 (1980), S.524.
- 26 Zur Vorgeschichte siehe Kurt Seinsch, Wie die Palästina-Frage als politisches Thema auf die Tagesordnung der Generalversammlung gelangte. Zugleich ein Lehrstück zur Geschäftsordnung der Versammlung, VN 4/1977 S.118ff.
- 27 Rede von Menachem Begin vor der Knesset am 8.6.1982, zitiert nach Le Monde Diplomatique, Juli 1982, S. 3.

UNITAR – Ausbildung und Forschung im Dienste der Vereinten Nationen

VOLKER RITTBERGER

Die Institutionen, die gemeinsam den Verband der Vereinten Nationen¹ bilden, können sich über mangelndes Interesse der wissenschaftlichen Publizistik kaum beklagen. Die Mehrzahl der Organe, Körperschaften und Organisationen des UN-Systems sind durch die einschlägigen Teildisziplinen der Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften hinlänglich untersucht: Aufgabenstellung, Aufbau und Verfahrensweisen sowie Aktivitäten dieser Institutionen sind dem interessierten Publikum in ihren Grundzügen vertraut. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden jene Institutionen im Verband der Vereinten Nationen, denen statutengemäß die Aufgabe zugeschrieben ist, als Bindeglied zwischen dem Wissenschaftssystem und der Weltorganisation dergestalt zu wirken, daß der im Rahmen bestimmter Programmwicklungen auftretende zusätzliche Informations-, Analyse- und Qualifikationsbedarf von Mitgliedern der Beratungs- und Entscheidungsgremien sowie der Verwaltungsstäbe im Verband der Vereinten Nationen durch wissenschaftliche Expertise gedeckt wird, die der Besonderheit dieser Art von Nachfrage gerecht werden kann. Als Beitrag zur Deckung des genannten Bedarfs kann die Gründung einer Reihe von Forschungs-, Ausbildungs- und Planungsinstituten im Verband der Vereinten Nationen gelten, deren Zahl heute ein Dutzend übersteigt. Für die Kernorganisation, d. h. die Vereinten Nationen selbst, kommen hier vor allem das Mitte der sechziger Jahre gegründete Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (United Nations Institute for Training and Research, UNITAR) sowie die ein Jahrzehnt später errichtete Universität der Vereinten Nationen (United Nations University, UNU) in Betracht; beide zählen zu den Spezialorganen der UN-Generalversammlung.

Gründungsgeschichte²

Die frühen sechziger Jahre waren eine Zeit grundlegenden Wandels in den Vereinten Nationen. Hatten die Entscheidungsprozesse und Aktivitäten der Organisation seit den späten vierziger Jahren ganz überwiegend unter dem beherrschenden Einfluß des Kalten Krieges zwischen Ost und West gestanden, so verschoben sich mit den nun einsetzenden tiefgreifenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen auch die Handlungsprioritäten der Beschußgremien und Verwaltungsstäbe der Vereinten Nationen.

Weit enger als mit den Veränderungen im Ost-West-Verhältnis ist die Gründungsgeschichte des UNITAR mit der durch den Prozeß der Entkolonialisierung herbeigeführten Entstehung neuer Staaten in Afrika, Asien und in der Karibik und deren Erwartungen an die Vereinten Nationen verzahnt. Der überragende Stel-

lenwert, der den Vereinten Nationen in der Sicht der neuen Staaten (und der schon länger formell unabhängigen Staaten der Dritten Welt) in ihrem Verhältnis zu ihrer Umwelt zukommt, zeigt sich in dem seit Anfang der sechziger Jahre ungebrochenen und immer wieder neue Anläufe nehmenden Aktivismus dieser Staaten, die Vereinten Nationen zur Heimstatt kooperativer Entwicklungssteuerung im globalen Rahmen zu machen. Ein erster symbolträchtiger Schritt war die Ende 1961 von der Generalversammlung verabschiedete Resolution 1710(XVI)³, in der die sechziger Jahre zur ersten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen erklärt wurden.

In die an die Verabschiedung dieser Resolution anschließenden Beratungen im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) sowie in der Generalversammlung über konkrete Aktionen zu ihrer praktischen Umsetzung wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen der Gedanke eingebracht, daß der Erfolg der Entwicklungsdekade auch davon abhängig sei, daß es gelinge, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften besonders aus Entwicklungsländern zur Übernahme von administrativen und operativen Aufgaben sowohl im Verband der Vereinten Nationen als auch in den Entwicklungsländern selbst zu decken. 1962 nahm die 17. Generalversammlung diese Anregung auf, ergänzte aber die im Vordergrund stehende Ausrichtung auf Ausbildungszwecke um eine Forschungskomponente: Das Institut oder Programm sollte auch Studien anfertigen und Seminare ausrichten über die Funktionsweise der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Die 18. Generalversammlung nahm im Jahr darauf ins einzelne gehende Vorschläge des Generalsekretärs für das Mandat und die Organisation eines Ausbildungs- und Forschungsinstituts entgegen und ermächtigte ihn, für die Errichtung des Instituts innerhalb kurzer Zeit Sorge zu tragen. Die Gründungsphase zog sich allerdings länger hin als erwartet, da die organisatorischen, finanziellen und programmplanerischen Vorarbeiten erst 1965 abgeschlossen waren.

Das 1965 erstmals tagende Kuratorium des Instituts sowie ein gleichfalls einberufener Beirat von Experten konkretisierten das Programm-Mandat der Einrichtung. Sie stimmten darin überein, Ausbildung und Forschung als zwei gleichwertige Programmkomponenten zu behandeln, beide aber so weit wie möglich durch eine gemeinsame Ausrichtung auf in den Vereinten Nationen selbst sowie in ihrem Verhältnis zu den Entwicklungsländern auftretende Informations-, Analyse- und Qualifikationsbedürfnisse zu verbinden. Nach der Verabschiedung eines ersten Arbeitsprogramms und der Zusage von freiwilligen Beiträgen in Höhe von 3,5 Mill US-Dollar machte der Generalsekretär im November 1965 die UNITAR-Satzung bekannt⁴.